KANTON AARGAU

Schulgesetz

Vom 17. März 1981 (Stand 1. August 2018)

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 28–35 und 38bis der Kantonsverfassung,
in der Absicht, dem Kanton Aargau Schulen zu geben,
in denen die Jugend zur Ehrfurcht vor dem Göttlichen und zur Achtung vor Mitmensch und Umwelt,
zu selbstständigen und verantwortungsbewussten Bürgern,
zu gemeinschaftsfähigen, an Geist und Gemüt reifenden Menschen erzogen wird,
in denen die Jugend ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten vermag und wo sie mit der Welt des Wissens und der Arbeit vertraut gemacht wird, *

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

[1] Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über die Privatschulen und die private Schulung, soweit schulpflichtige Kinder unterrichtet werden. *

[2] … *

§ 1a * Funktions-, Berufs- und Personenbezeichnungen

[1] Die in diesem Gesetz verwendeten Funktions-, Berufs- und Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

§ 2 Öffentliche Schulen

[1] Als öffentliche Schulen unterstehen diesem Gesetz:

a) * …
b) * Volksschule, bestehend aus Kindergarten, Primarschule und Oberstufe,
c) Mittelschulen,
d) * …

[2] Die öffentlichen Schulen sind unselbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten; sie sind politisch und konfessionell neutral.

§ 3 Recht auf Schulbesuch

[1] Kinder und Jugendliche mit Aufenthalt im Kanton haben das Recht, diejenigen öffentlichen Schulen zu besuchen, die ihren Fähigkeiten entsprechen und deren Anforderungen sie erfüllen.

[2] Die Schüler beider Geschlechter haben Anspruch auf gleiche Bildungsmöglichkeiten.

[3] Für Kinder und Jugendliche mit Aufenthalt im Kanton ist der Unterricht an den öffentlichen Volksschulen unentgeltlich. *

[4] … *

§ 4 * Schulpflicht

[1] Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht. Sie beginnt mit dem Eintritt in den Kindergarten und dauert elf Jahre oder bis zum erfolgreichen früheren Abschluss einer Grundausbildung an der Volksschule, längstens jedoch bis zur Vollendung des 16. Altersjahrs. *

[2] Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten auf den Beginn des kommenden Schuljahrs ist der 31. Juli desjenigen Jahrs, an dem das Kind sein viertes Altersjahr vollendet hat. *

[3] Aus wichtigen Gründen kann das Departement Bildung, Kultur und Sport ein Kind auf Gesuch der Inhaber der elterlichen Sorge vorübergehend von der Schulpflicht entbinden oder vorzeitig daraus entlassen. *

[4] Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder einer privaten Schulung erfüllt werden. Der Regierungsrat regelt hinsichtlich des Unterrichts der schulpflichtigen Kinder die Meldepflicht der Inhaber der elterlichen Sorge gegenüber der zuständigen Schulpflege. *

§ 5 * Hinausschieben der Schulpflicht *

[1] Die Schulpflege kann auf Gesuch der Eltern den späteren Eintritt in den Kindergarten gestatten. *

§ 6 Unentgeltlicher Schulort Volksschule *

[1] Die Schulpflicht ist in der Regel in den öffentlichen Schulen der Wohngemeinde oder des Schulkreises, zu dem die Wohngemeinde gehört, zu erfüllen.

[2] Erfolgt der Unterrichtsbesuch ohne wichtige Gründe an der Volksschule einer anderen Gemeinde, entfällt die Unentgeltlichkeit gemäss § 3 Abs. 3. Das Schulgeld, das die Gemeinde erhebt, darf höchstens kostendeckend sein. *

[3] Kinder und Jugendliche mit Aufenthalt in Heimen erfüllen ihre Schulpflicht in den Heimschulen oder den öffentlichen Schulen der Region.

§ 7 Unterrichtszeiten

[1] Das Schuljahr beginnt am zweiten Montag im August. Das erste Schulhalbjahr endet frühestens am dritten und spätestens am fünften Samstag nach Neujahr. Das zweite Schulhalbjahr endet mit den Sommerferien. Je zwei Wochen Frühlings-, Herbst- und Weihnachtsferien sowie drei Wochen Sommerferien werden für den Kanton einheitlich durch den Erziehungsrat festgelegt. [1)] *

[2] Den Rahmen für vier weitere Ferienwochen setzt das zuständige Departement nach Anhören der Schulpflegen fest. *

[3] In der Volksschule dauert der Unterricht von Montag bis Freitag. An den kantonalen Schulen werden die Unterrichtstage vom Regierungsrat festgelegt. *

[4] … *

[5] Der Regierungsrat legt nach Anhören des Erziehungsrates den Rahmen für die Unterrichtszeiten fest. Dabei berücksichtigt er die Bedürfnisse der Kinder und der Familien. *

§ 8 Versicherung

[1] Die Schulträger versichern die Schüler gegen die Folgen von Unfällen im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb und übernehmen die Prämien. Sie sorgen für angemessene Unfallverhütung. Der Regierungsrat erlässt die Vorschriften.

2. Schulen

*2.1. … **

§ 9 * …

[1)] Vorzeitige Inkraftsetzung auf den 1. Dezember 2003 mit RRB vom 15. Oktober 2003 (AGS 2003 S. 250).

2.2. Volksschule

2.2.1. Gemeinsame Bestimmungen

§ 10 Aufgaben

[1] Die Volksschule vermittelt allen Schülerinnen und Schülern eine Grundausbildung. *****

[2] Sie legt die Basis für ein von gegenseitiger Achtung geprägtes Zusammenleben. Sie fördert die geistigen, emotionalen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten und Begabungen jedes einzelnen Kinds, unabhängig von seinem sozialen, kulturellen und religiösen Hintergrund. *****

§ 11 Gliederung

[1] Die Volksschule gliedert sich in den Kindergarten von zwei Jahren, die Primarschule von sechs Jahren und die Oberstufe von drei Jahren. *****

§ 12 Unterricht

[1] Aufbau und Gestaltung des Unterrichts sowie die Zahl der vorgeschriebenen und der freiwilligen Wochenstunden nehmen Rücksicht auf den Entwicklungsstand des Schülers; die Anforderungen richten sich nach der Vorbildung und dem Aufnahmevermögen der Altersstufe.

[2] … *****

§ 12a * Unterrichtssprache

[1] Die Unterrichtssprache im Kindergarten ist grundsätzlich Mundart.

[2] Die Unterrichtssprache in der Primarschule und in der Oberstufe ist grundsätzlich die Standardsprache.

[3] Der Regierungsrat regelt durch Verordnung, in welchen Lernsituationen im Kindergarten ausnahmsweise die Standardsprache beziehungsweise in welchen Unterrichtssequenzen in der Primarschule und in der Oberstufe ausnahmsweise Mundart verwendet werden kann.

§ 13 Lehrplan

[1] Der Lehrplan enthält die Bereiche Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften (inklusive Ethik und Religionen), Musik, Kunst und Gestaltung, Bewegung und Gesundheit. *****

[2] Der Regierungsrat regelt für Primarschule und Oberstufe die einzelnen Unterrichtsbereiche, die Zahl der Unterrichtslektionen und ihre Dauer, die Lernziele und die Stoffauswahl sowie die Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler bezüglich ihrer Selbst- und Sozialkompetenzen durch Verordnung. Er beachtet dabei die interkantonale Harmonisierung der Lehrpläne. *

[3] Er regelt für den Kindergarten die Unterrichtsdauer sowie die Richtziele der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenzen durch Verordnung. *

§ 13a * Laufbahnentscheide

[1] Die Promotion innerhalb der Primarschule und der Oberstufe findet aufgrund eines leistungsbezogenen und selektiven Notenzeugnisses statt. Vorbehalten bleibt die Promotion von Schülerinnen und Schülern in der 1. Klasse der Primarschule sowie von Schülerinnen und Schülern mit besonderen schulischen Bedürfnissen.

[2] Für den Stufen- und Typenwechsel gilt ein Empfehlungsverfahren. Bei fehlender Übereinstimmung zwischen der Schulpflege und den Eltern der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers können Stufen- und Typenwechsel von einer Prüfung abhängig gemacht werden.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zu allen schulischen Laufbahnentscheiden.

§ 13b * Abschlusszertifikat

[1] Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in den letzten beiden Schuljahren der Oberstufe können neben dem Notenzeugnis in einem interkantonal vergleichenden, nicht selektionswirksamen Abschlusszertifikat erfasst werden.

[2] Der Regierungsrat regelt die Einführung des Abschlusszertifikats und die darin zu zertifizierenden Leistungen durch Verordnung.

§ 14 Schülerzahl der Abteilungen

[1] Die Schülerzahl der Abteilungen soll den Lehrpersonen die Förderung des einzelnen Kinds ermöglichen. Sie wird vom Regierungsrat festgelegt, darf jedoch auf die Dauer am Kindergarten, an der Primarschule, an der Bezirks- und Sekundarschule je 25 sowie an der Realschule 22 Schülerinnen und Schüler nicht übersteigen. *

[2] Der Regierungsrat kann im Hinblick auf einen pädagogisch sinnvollen und wirtschaftlich effizienten Ressourceneinsatz an den Schulen die minimale Schülerzahl der Abteilung regeln. *

[3] … *

§ 14a * Ressourcenzuteilung

[1] Die Ressourcenzuteilung erfolgt im Rahmen der vom Grossen Rat im Budget für die Schulen festgelegten Mittel.

[2] Sie bemisst sich nach den Stundentafeln und den pädagogischen Bedürfnissen der jeweiligen Schulstufen und Schultypen, der besonderen Belastungssituation von Lehrpersonen und Schulleitungen sowie den sozioökonomischen Strukturen der Schulträger.

[3] Der Regierungsrat regelt die Kriterien für die Zuteilung und Verwendung der Ressourcen durch Verordnung. Er legt die Voraussetzungen für den Einsatz von Assistenzen sowie für den Anspruch der Gemeinden mit erheblicher sozialer Belastung auf Zusatzlektionen fest.

[4] Das zuständige Departement kann die Schulträger zur Bildung regionaler Angebote verpflichten, wenn dies für eine pädagogisch sinnvolle und wirtschaftlich effiziente Schulorganisation angezeigt ist, namentlich für Abteilungen mit kritischer Schülerzahlgrösse.

§ 14b * Übertragbarkeit von Ressourcen

[1] Schulen, welche die ihnen zugeteilten Ressourcen nicht voll ausschöpfen, können sich diese auf das kommende Schuljahr übertragen lassen.

[2] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung und legt die Obergrenze für die Abgrenzung fest.

§ 15 * Besondere schulische Bedürfnisse

[1] Für Kinder, die den Anforderungen einer 1. Primarklasse voraussichtlich noch nicht zu genügen vermögen und für die ein Unterricht gemäss Absatz 2 oder eine Sonderschulung nicht angezeigt ist, sind Einschulungsklassen zu bilden. *****

[1bis] Für Asyl suchende Kinder und Jugendliche in kantonalen Grossunterkünften sind vor Ort in der Regel altersgemischte Abteilungen zu bilden. *****

[1ter] Asyl suchende Kinder und Jugendliche ausserhalb von Grossunterkünften werden während der ersten Monate ihres Aufenthalts in Einschulungsvorbereitungskursen auf den Übertritt in Regelklassen vorbereitet. *****

[1quater] Der Kanton übernimmt die Finanzierung der erforderlichen Infrastruktur, des Personals und der Schulleitung gemäss den Absätzen 1bis und 1ter. Er unterstützt die Standortgemeinden besonders in fachlichen und organisatorischen Fragen. *****

[2] Schülerinnen und Schüler, die insbesondere infolge von Lernschwierigkeiten dem ordentlichen Unterricht nicht zu folgen vermögen und für die eine Sonderschulung nicht angezeigt ist, sind im Kindergarten mit heilpädagogischer Unterstützung und an Primarschule und Oberstufe in Kleinklassen oder mit heilpädagogischer Unterstützung in tragfähigen Regelklassen zu fördern. *****

[3] Schülerinnen und Schüler, die infolge ihrer Fremdsprachigkeit dem ordentlichen Unterricht nicht zu folgen vermögen und für die keine andere Massnahme angezeigt ist, sind mit geeigneter Unterstützung in Regelklassen zu fördern. *****

[4] Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen, die durch den ordentlichen Unterricht nicht genügend gefördert werden können und für die das Überspringen von Klassen oder eine andere Massnahme nicht angezeigt ist, sind in der Regelklasse mit geeigneter Unterstützung zu fördern. *

[5] Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, für die der Besuch des Unterrichts mit geeigneter Unterstützung möglich und vertretbar ist, können im Kindergarten, in tragfähigen Regel-, Einschulungs- oder Kleinklassen gefördert werden. *

[6] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere die Ressourcenzuteilung und die Modalitäten der Unterstützung durch Verordnung. *

§ 15a * Spezialklassen

[1] Der Regierungsrat kann Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Führung von regionalen Spezialklassen für Kinder und Jugendliche mit disziplinarischen oder sozialen Auffälligkeiten gestatten.

[2] Die Zuteilung in eine Spezialklasse ist eine vorübergehende Massnahme für Schülerinnen und Schüler, welche die Regelklasse kurzfristig nicht zu tragen vermag.

[2bis] Die Trägergemeinden erheben von den Aufenthaltsgemeinden der Schülerinnen und Schüler ein Schulgeld, das sich aus den Vollkosten berechnet. Der Kanton trägt ein allfälliges Defizit und erhält einen allfälligen Überschuss. *

[3] Der Regierungsrat regelt die Aufnahme, Schulung und Wiedereingliederung von Schülerinnen und Schülern in regionalen Spezialklassen durch Verordnung.

§ 16 Lehrmittel

[1] Die Gemeinden stellen den Schülerinnen und Schülern die Lehrmittel und das Schulmaterial unentgeltlich zur Verfügung. *

[2] Sie stellen Musikinstrumente leihweise oder als Übungsgelegenheit zur Verfügung.

[2bis] Der Kanton kann die Gemeinden durch geeignete Massnahmen bei der Beschaffung von Lehrmitteln und Lernmedien unterstützen. Zu diesem Zweck kann er sich insbesondere an einem Verlag beteiligen oder selber einen Verlag führen. Der Regierungsrat ist im Rahmen der bewilligten Mittel zuständig für die Vornahme der dazu erforderlichen Rechtsgeschäfte. *

[3] Der Regierungsrat legt die obligatorischen Lehrmittel fest. *

§ 16a * Bibliothek

[1] Die Gemeinden gewährleisten den Schülerinnen und Schülern den unentgeltlichen Zugang zu einer Bibliothek.

§ 17 Besondere Einrichtungen *

[1] Über den lehrplanmässigen Unterricht hinaus können die Gemeinden besondere Einrichtungen für den Instrumental- und Gesangsunterricht sowie für schulunterstützende Angebote wie namentlich die Aufgabenhilfe führen. *

§ 18 * …

§ 18a * Klassenlehrer

[1] Die Schulpflege bestimmt für jede Abteilung einen hauptverantwortlichen Klassenlehrer.

*2.2.1[bis]. Kindergarten **

§ 18b * Bildungsziel

[1] Der Kindergarten fördert die Entwicklung der Wahrnehmungs-, Ausdrucks- und Gemeinschaftsfähigkeit des Kinds. Er schafft die Voraussetzungen für das schulische Lernen.

§ 18c * Schulführung

[1] Der Kindergarten wird mit Abteilungen mit jeweils zwei Schuljahrgängen geführt.

2.2.2. Primarschule

§ 19 Bildungsziel

[1] Die Primarschule baut auf dem Kindergarten auf. Sie vermittelt die Grundlagen für Lesen, Schreiben, Rechnen und weitere elementare Bereiche des Wissens und Könnens und schafft eine Basis für Urteilsfähigkeit und selbstständiges Denken und Handeln. **

§ 20 * Schulführung **

[1] Die Primarschule wird mit ein- oder mehrklassigen Abteilungen geführt. **

[2] Eine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Abteilungen aufgrund ihrer Leistung ist nicht statthaft. Die Schülerinnen und Schüler werden jedoch innerhalb der Abteilung individuell gefördert. Die individuelle Förderung muss im Rahmen der bewilligten Lektionen und unter Berücksichtigung der Stundentafel erfolgen. **

[3] … **

2.2.3. Oberstufe

§ 21 Bildungsziel

[1] Die Oberstufe baut auf der Primarschule auf. Sie vermittelt eine allgemeine Bildung und vertieft und ergänzt damit die Grundlagen für Urteilsfähigkeit sowie für selbstständiges Denken und Handeln. Sie schafft bei allen Schülern die Voraussetzungen zur Aus- und Weiterbildung.

§ 21a * Schulführung

[1] Die Abteilungen an der Oberstufe werden einklassig geführt. Das zuständige Departement kann Ausnahmen bewilligen.

§ 22 * Organisation der Sekundar- und Realschulen *****

[1] Die Real- und Sekundarschulen werden in Oberstufenzentren zusammengefasst. *****

[2] Ein Oberstufenzentrum umfasst mindestens sechs Real- und Sekundarschulabteilungen. Der Regierungsrat kann befristete Ausnahmen beschliessen. *****

[3] Die einzelnen Schulanlagen umfassen mindestens drei Oberstufenabteilungen. *****

[4] … *****

§ 22a * Organisation der Bezirksschulen

[1] Bezirksschulen müssen mindestens sechs Abteilungen umfassen.

[2] Die einzelnen Schulanlagen müssen mindestens sechs Abteilungen umfassen.

[3] Bezirksschulen können an Oberstufenzentren geführt werden.

§ 23 Gliederung; Zusammenarbeit

[1] Die Oberstufe umfasst die dreijährigen Typen Realschule, Sekundarschule und Bezirksschule sowie im dritten Jahr die zusätzlichen Angebote Berufswahljahr, Werkjahr sowie Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule. Der Grosse Rat ist befugt, das zusätzliche Angebot zu erweitern. *****

[2] Die Lehrpläne und Lehrmittel der Schultypen sind aufeinander abzustimmen. Die Zusammenarbeit unter den Typen ist zu fördern. *****

[3] Der Fächerabtausch unter den Lehrern ist innerhalb der Schultypen und typenübergreifend gestattet. *****

§ 24 Eintritt, Übertritt

[1] Die Schüler besuchen den Schultyp, dessen Anforderungen sie erfüllen; für einen späteren Übertritt sind die Voraussetzungen zu schaffen.

§ 25 Realschule

[1] Die Realschule vermittelt eine breite Grundausbildung und schafft durch ein differenziertes Unterrichtsangebot die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

[2] … *

[3] … *

§ 26 Sekundarschule

[1] Die Sekundarschule vermittelt eine erweiterte Grundausbildung und schafft die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

[2] … *

[3] … *

§ 27 Bezirksschule

[1] Die Bezirksschule schafft durch eine umfassende Grundausbildung die Voraussetzung für den Eintritt in die Mittelschulen und für die berufliche Ausbildung.

[2] Sie richtet sich nach den eidgenössischen Vorschriften für Maturitätsschulen aus.

[3] … *

§ 27a * Berufswahljahr, Werkjahr, Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule

[1] Das Berufswahljahr führt Jugendliche durch ein gezieltes Unterrichtsangebot zur Berufswahlreife und schafft damit die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung.

[2] Das Werkjahr schafft durch ein vorwiegend auf praktische Tätigkeit ausgerichtetes Unterrichtsangebot für Jugendliche aus Kleinklasse und Realschule die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung beziehungsweise Eingliederung.

[3] Die Integrations- und Berufsfindungsklasse Volksschule schafft durch ein auf die besonderen Bedürfnisse fremdsprachiger Jugendlicher ausgerichtetes Unterrichtsangebot die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung beziehungsweise Eingliederung.

[4] … *

2.2.4. Sonderschulung

§ 28 * Inhalt und Gliederung

[1] Sonderschulung ist die Förderung und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Sonderkindergärten und Sonderschulen.

[2] Die Sonderschulung umfasst Unterricht, Erziehung, Betreuung, therapeutische Massnahmen, Verpflegung, notwendige Transporte sowie Unterkunft bei Schulung in einer stationären Einrichtung.

[3] Die Sonderschulung beginnt mit der Schulpflicht und hört frühestens mit deren Beendigung auf, spätestens mit dem vollendeten 20. Altersjahr. In pädagogisch oder medizinisch besonders begründeten Fällen kann das zuständige Departement Ausnahmen bewilligen. *

[4] Die Sonderschulen können für Schülerinnen und Schüler ab dem 16. Altersjahr anstelle des Sonderschulunterrichts Sonderwerkunterricht anbieten.

[5] Der Regierungsrat legt die Bildungsziele, Unterrichtsinhalte und Voraussetzungen der Sonderschulung fest und regelt den Schulbetrieb.

*2.3. Besondere Förder- und Stützmassnahmen **

§ 29 * Arten

[1] Bei Kleinkindern mit Entwicklungsauffälligkeiten können zur Vorbereitung auf den Kindergarten und die Schule pädagogisch-therapeutische Massnahmen durchgeführt werden. Dazu gehört insbesondere die heilpädagogische Früherziehung.

[2] Für Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Bereich der Wahrnehmung, Sprache oder Bewegung werden pädagogisch-therapeutische Massnahmen angeboten. Dazu gehören insbesondere der Sprachheilunterricht und die Psychomotorik-Therapie. Diese Massnahmen erfolgen zusätzlich zum Unterricht in der Volksschule, können aber bereits früher eingesetzt werden. *

[3] Für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, die im Regelkindergarten, in Regel-, Einschulungs- oder Kleinklassen gefördert werden, stehen Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung.

[4] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 29a * Angebot und Durchführung

[1] Die Gemeinden bieten den Sprachheilunterricht an. Der Regierungsrat legt den Umfang fest. Bei den übrigen Massnahmen werden Angebot und Umfang mittels kantonaler Planung festgelegt.

[2] Der Besuch des Sprachheilunterrichts setzt eine Abklärung durch eine Fachperson und die Zuweisung durch die Schulpflege voraus.

2.4. Mittelschulen

§ 30 Bildungsziel

[1] Die Mittelschulen führen zur Hochschulreife oder schliessen mit einem eidgenössischen, beziehungsweise kantonalen Fähigkeitsausweis ab.

§ 31 Zweiter Bildungsweg

[1] Sonderkurse als Schulen des zweiten Bildungsweges können an höheren Fachschulen, an Berufsschulen und an Mittelschulen geführt werden.

§ 32 Eintritt

[1] Die Mittelschulen und die Sonderkurse stehen allen Schülern offen, die sich über die nötige Vorbildung ausweisen und den Anforderungen genügen.

§ 33 Organisation

[1] Der Grosse Rat beschliesst über Errichtung und Standort der Mittelschulen; er berücksichtigt dabei die Interessen der Regionen.

[2] Er regelt durch Dekret Inhalt und Dauer der Ausbildung sowie die Leitung und den Betrieb der Schulen.

§ 33a * Kostentragung

[1] Für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton ist der Unterricht an öffentlichen Mittelschulen unentgeltlich. Vorbehalten bleiben spezielle Auslagen, namentlich für die Anschaffung von Unterrichtsmaterialien und für die Teilnahme an Exkursionen.

[2] Schülerinnen und Schüler mit ausserkantonalem Wohnsitz zahlen in der Regel ein Schulgeld, dessen Höhe der Regierungsrat nach Massgabe von Lastenausgleichszahlungen durch Verordnung festlegt. Vorbehalten bleiben interkantonale und internationale Schulgeldabkommen. Es gilt die Wohnsitzdefinition des Regionalen Schulabkommens über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009) vom 23. November 2007 [1)].

[3] Studierende in den Lehrgängen der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene bezahlen ein vom Regierungsrat durch Verordnung auf maximal Fr. 1'000.– pro Semester festgelegtes Studiengeld.

[4] Der Regierungsrat kann für die Belegung des Freifachs Instrumentalunterricht durch Verordnung eine Kostenbeteiligung der Schülerinnen und Schüler festlegen.

[5] Er kann das zuständige Departement ermächtigen, in Härtefällen sämtliche in dieser Bestimmung genannten Schulgelder ganz oder teilweise zu erlassen.

2.5. ... *****

§ 34 * …

[1)] SAR 400.300

3. Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen *

§ 35 Grundsatz

[1] Die öffentlichen Schulen erfüllen ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag in Zusammenarbeit und in gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern.

3.1. Eltern und Schüler

§ 36 Rechte

[1] Die Schüler, beziehungsweise ihre Eltern oder Pflegeeltern sind in regelmässigen Abständen über den Stand der Schülerleistungen zu unterrichten.

[2] Die Eltern haben das Recht, den Unterricht ihrer Kinder zu besuchen; Lehrer und Behörden stehen in Kontakt mit ihnen und informieren sie über das Schulgeschehen.

[3] Den Eltern steht das Recht zu, eine Elternversammlung zu bilden; ihre Vertreter sind von der Schulleitung und den Schulbehörden anzuhören.

§ 36a * Mitwirkungspflichten der Eltern

[1] Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern müssen die Lehrpersonen oder die Schulleitung über Verhaltensänderungen ihres Kinds oder über Ereignisse, die sich in dessen Umfeld abspielen, informieren, soweit dies für den Schulalltag von Bedeutung ist.

[2] Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern haben die Pflicht, an Elternveranstaltungen oder Gesprächen teilzunehmen, die von der Schulpflege, der Schulleitung oder einer Lehrperson angeordnet werden.

[3] Bleiben die Eltern beziehungsweise die Pflegeeltern den von der Schulpflege, der Schulleitung oder einer Lehrperson angeordneten Elternveranstaltungen oder Gesprächen unentschuldigt fern, können sie von der Schulpflege unter Androhung von Strafe vorgeladen werden. Folgen die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern der Vorladung nicht, spricht die Schulpflege eine Busse aus. Im Wiederholungsfall erstattet die Schulpflege von Amtes wegen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft für die Bezirke. Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern sind mit einer Busse von mindestens Fr. 600.– bis höchstens Fr. 1'000.– zu bestrafen. *

§ 37 * Schulversäumnisse

[1] Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern sind verantwortlich, dass ihr schulpflichtiges Kind die Schule regelmässig besucht.

[2] Bei vorsätzlichem unentschuldigtem Fernhalten des Kinds von der Schule bis höchstens drei Schultage werden die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern von der Schulpflege gemahnt und im Wiederholungsfall mit einer Busse bestraft.

[3] Wenn das Fernhalten gemäss Absatz 2 länger als drei Schultage dauert, erstattet die Schulpflege von Amtes wegen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft für die Bezirke und nötigenfalls Meldung an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gemäss Art. 307 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) vom 10. Dezember 1907 [1)]. Die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern sind mit einer Busse von mindestens Fr. 600.– bis höchstens Fr. 1'000.–, im Wiederholungsfall mit einer Busse von mindestens Fr. 1'000.– bis höchstens Fr. 2'000.–, zu bestrafen. *

§ 37a * Strafkompetenz der Schulpflege; Rechtsmittel

[1] Die Schulpflege kann gemäss den §§ 36a Abs. 3 und 37 Abs. 2 Bussen durch Strafbefehl bis höchstens Fr. 500.– aussprechen.

[2] Gegen einen Strafbefehl kann die gebüsste Person bei der Schulpflege unter Ausschluss der Verwaltungsbeschwerde innert 20 Tagen schriftlich Einsprache erheben. Dadurch wird der Strafbefehl aufgehoben.

[3] Die Einsprache erhebende Person ist zu einer Verhandlung vor die Schulpflege oder ein von ihr bestimmtes Mitglied vorzuladen. Die Schulpflege fällt einen begründeten Entscheid.

[4] Gegen den Strafentscheid kann innert 20 Tagen nach Eröffnung bei der Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise beim Bezirksgerichtspräsidenten als Einzelrichterin beziehungsweise als Einzelrichter schriftlich Beschwerde zum endgültigen Entscheid erhoben werden.

[5] Im Übrigen gelten die Vorschriften des Schweizerischen Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937 [2)]. *

§ 38 Unterrichtsbesuch; Dispensation; Urlaub *

[1] Die Schülerinnen und Schüler sind zu regelmässigem Unterrichtsbesuch verpflichtet. Auf Ersuchen der Inhaber der elterlichen Sorge haben sie Anspruch auf einen freien Schulhalbtag pro Quartal. *

[2] Eine Schülerin oder ein Schüler kann aus wichtigen Gründen auf schriftliches Begehren der Inhaber der elterlichen Sorge

a) von einzelnen Lektionen dispensiert werden;
b) * vom Unterricht für kurze Zeit beurlaubt werden.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. *

[4] … *

§ 38a * Disziplinarmassnahmen:
1. Grundsatz

[1] Disziplinarmassnahmen sind erzieherisch sinnvoll zu gestalten; körperliche Züchtigung, Einschliessung und Kollektivstrafen sind nicht gestattet.

---

1) SR 210
2) SR 311.0

§ 38b * 2. Anordnung durch Lehrpersonen der Volksschule

[1] Die Lehrpersonen an der Volksschule können folgende Disziplinarmassnahmen anordnen:

a) Ermahnung;
b) schriftliche Arbeit, die von der anordnenden Lehrperson zu kontrollieren ist;
c) zusätzliche Arbeit bis zu vier Stunden pro Woche unter Aufsicht;
d) Ausschluss vom Unterricht für höchstens den laufenden Tag;
e) Ausschluss aus laufenden besonderen Schulveranstaltungen wie insbesondere Lagern oder Projektwochen.

[2] Ist die Betreuung durch die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern im Falle eines Ausschlusses gemäss Absatz 1 lit. d und e während der Unterrichtszeit nicht gewährleistet, muss sie von der Schule organisiert werden. Allfällige Betreuungskosten sind von den Eltern zu tragen. Die Wohnortsgemeinde erlässt eine Kostenverfügung. Dagegen kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Departement Bildung, Kultur und Sport geführt werden. *****

§ 38c * 3. Anordnung durch Schulpflegen

[1] Die Schulpflegen können folgende Disziplinarmassnahmen anordnen:

a) schriftlicher Verweis;
b) gemeinnützige Arbeitsleistung bis maximal sechs unterrichtsfreie Halbtage;
c) vorbeugender Ausschluss aus besonderen Schulveranstaltungen wie insbesondere Lagern oder Projektwochen;
d) Versetzung in eine andere Abteilung der gleichen Klasse innerhalb des Schulorts oder des Gemeindeverbands oder einer anderen Gemeinde;
e) befristeter oder dauernder Ausschluss aus Wahlfächern, in denen sich das fehlbare Verhalten zeigt;
f) befristeter vollständiger oder teilweiser Schulausschluss bis höchstens sechs Schulwochen pro Schuljahr;
g) Wegweisung von der Schule nach Vollendung der Schulpflicht.

§ 38d * 4. Anordnung durch das Departement Bildung, Kultur und Sport

[1] Das Departement Bildung, Kultur und Sport kann auf Antrag der Schulpflege einen befristeten vollständigen oder teilweisen Schulausschluss bis höchstens zwölf Schulwochen pro Schuljahr verfügen.

[2] Das Departement Bildung, Kultur und Sport kann auf Antrag der Schulpflege in Abstimmung mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde beziehungsweise der Jugendanwaltschaft eine Schülerin oder einen Schüler für die Dauer eines Verfahrens um Einweisung in ein Erziehungsheim vom Unterrichtsbesuch ausschliessen, wenn der ordentliche Schulbetrieb auf andere Weise nicht gewährleistet werden kann. *****

§ 38e * 5. Beschäftigung während des Schulausschlusses; Finanzierung

[1] Bei einem Schulausschluss gemäss den §§ 38c lit. f und 38d sind die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern mit Hilfe der Schulleitung und allenfalls unter Beizug der Fachstellen für eine angemessene Beschäftigung verantwortlich. In begründeten Fällen und mit Zustimmung der für den Ausschluss zuständigen Behörde können Schülerinnen und Schüler auch in Einrichtungen der Sonderschulung geschult und betreut werden.

[2] Die Kosten für eine angemessene Beschäftigung tragen die Eltern. Im Falle von Schülerinnen und Schülern, die in Einrichtungen der Sonderschulung geschult und betreut werden, richtet sich die Finanzierung und Kostenverteilung nach den kantonalen Bestimmungen zur Sonderschulung.

[3] Die Schulleitung plant rechtzeitig die Wiedereingliederung. Die Wohnortsgemeinde kann die Eltern zur Gewährleistung des schulischen Wiedereinstiegs des Kinds verpflichten, an die entstandenen Kosten einen Beitrag von höchstens Fr. 1'000.– pro Monat zu leisten. Die Wohnortsgemeinde erlässt eine Kostenverfügung. Dagegen kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Departement Bildung, Kultur und Sport geführt werden. *****

[4] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zum Schulausschluss.

§ 38f * 6. Rechtsmittel

[1] Disziplinarmassnahmen, die von Lehrpersonen an der Volksschule angeordnet werden, sind nicht mittels Beschwerde anfechtbar und sofort vollstreckbar.

[2] Disziplinarmassnahmen, die von der Schulpflege angeordnet werden, können mittels Beschwerde zum endgültigen Entscheid an den Schulrat des Bezirks weitergezogen werden. Vorbehalten bleibt Absatz 3.

[3] Folgende Disziplinarmassnahmen sind mittels Beschwerde an den Regierungsrat weiterziehbar: *****

a) der durch die Schulpflege oder das Departement Bildung, Kultur und Sport angeordnete befristete vollständige oder teilweise Schulausschluss;
b) die Wegweisung von der Schule nach Vollendung der Schulpflicht;
c) der Schulausschluss für die Dauer eines Verfahrens um Einweisung in ein Erziehungsheim.

§ 39 Schülermitsprache

[1] Zur Wahrung des Mitspracherechts kann sich die Schülerschaft der Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten organisieren; ihre Vertreter sind von der Schulleitung und von den Schulbehörden anzuhören.

3.2. Lehrer

§ 40 * …

§ 41 * …

§ 42 * …

§ 43 * …

§ 44 * …

§ 45 * …

§ 46 * …

§ 47 Lehrerkonferenzen

[1] … *

[2] Die Lehrpersonen einer Schule bilden die Lehrerkonferenz. *

[3] Als Vertreter der Lehrerschaft nehmen die Rektoren an den Sitzungen der Schulpflege, beziehungsweise der Aufsichtskommission mit beratender Stimme teil.

§ 48 Kantonalkonferenz

[1] Die Lehrer aller öffentlichen Schulen des Kantons oder ihre Delegierten bilden die Kantonalkonferenz. Sie organisiert und konstituiert sich selbst; ihre Statuten bedürfen der Genehmigung durch das Erziehungsdepartement [1)].

[2] Die Kantonalkonferenz befasst sich mit Schulfragen von allgemeiner Bedeutung und begutachtet Schulangelegenheiten zuhanden des Erziehungsrates und des Erziehungsdepartementes [2)]. Sie hat das Recht der Antragstellung an Erziehungsrat und Erziehungsdepartement [3)].

[3] Sie hat das Vorschlagsrecht für die Wahl von vier Mitgliedern des Erziehungsrates.

§ 49 * …

§ 50 * …

1) Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport
2) Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport
3) Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport

*3.3. Qualitätssicherung **

§ 50a * Meldung an Departement **

[1] Die Anstellungsbehörde meldet dem zuständigen Departement Lehrpersonen, deren persönliche oder fachliche Eignung für das Erteilen eines genügenden Unterrichts in Frage gestellt ist, insbesondere wenn sie

a) ihre Handlungsfähigkeit verloren haben;
b) wegen eines Delikts verurteilt worden sind, das sie nach Art und Schwere der Tat sowie dem Verschulden als nicht mehr vertrauenswürdig erscheinen lässt;
c) wiederholt durch ihr Verhalten die Sicherstellung des ordentlichen Schulbetriebs ernsthaft gefährdet haben;
d) sonst offensichtlich unfähig sind, genügenden Unterricht zu erteilen.

[2] Das zuständige Departement erlässt eine beschwerdefähige Verfügung, wenn eine Weitermeldung gemäss Art. 12[bis] der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 [1)] notwendig erscheint.

§ 50b * …

§ 51 Aufsicht **

[1] Das zuständige Departement übt die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Schulen aus. **

[2] Es legt Qualitätsansprüche an die Schulen fest, stellt diesen ein Instrumentarium für die Qualitätssicherung zur Verfügung und kann den Schulen im Rahmen seines Budgets zusätzliche finanzielle Mittel für qualitätssichernde Massnahmen gewähren. **

§ 51a * Meldung an Schulleitung

[1] Hat eine Schülerin oder ein Schüler ein Verbrechen oder Vergehen begangen, durch das die physische, psychische oder sexuelle Integrität einer anderen Person erheblich beeinträchtigt wurde oder werden sollte, und ist das entsprechende Verfahren abgeschlossen, informiert die frühere Schulleitung nach einem Schulübertritt oder Schulwechsel der Schülerin oder des Schülers die nachfolgende Schulleitung über die wesentlichen Umstände der Tat.

[2] In den übrigen Fällen, bei denen eine Schülerin oder ein Schüler ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat, und das entsprechende Verfahren abgeschlossen ist, kann die frühere Schulleitung nach einem Schulübertritt oder Schulwechsel der Schülerin oder des Schülers die nachfolgende Schulleitung über die wesentlichen Umstände der Tat informieren, wenn dies im Interesse der Schülerin oder des Schülers beziehungsweise der Schule als geboten erscheint.

---

1) SAR 400.700

[3] Die Meldung an die nachfolgende Schulleitung gemäss Absatz 1 beziehungsweise Absatz 2 ist ausgeschlossen, wenn die Tat mehr als drei Jahre zurückliegt.

4. Trägerschaft durch Gemeinde und Private

4.1. Öffentliche Schulen

4.1.1. Allgemeines

§ 52 Grundsatz

[1] Die Gemeinden sind verpflichtet, die Volksschule einschliesslich der Sonderschulen selbst zu führen oder sich an einer entsprechenden Kreisschule zu beteiligen beziehungsweise das Schulgeld für Kinder mit Aufenthalt auf ihrem Gebiet zu übernehmen. *****

[2] Die Errichtung neuer Schulen und Abteilungen bedarf der Zustimmung des zuständigen Departements; es kann nach Anhören von Gemeinderat und Schulpflege die Errichtung neuer und die Aufhebung bisheriger Abteilungen anordnen. *****

[3] Gemeinden und Gemeindeverbände, die einen Kindergarten, eine Einschulungsklasse, eine Kleinklasse, eine unterstützte Regelklasse, eine Schule der Oberstufe oder eine Sonderschule führen, sind im Rahmen der zulässigen Schülerzahlen der Abteilungen verpflichtet, Kinder aus anderen Gemeinden, in denen keine solchen Schulen bestehen, unter den gleichen Voraussetzungen aufzunehmen wie Kinder mit Aufenthalt in der Gemeinde selbst. *****

[4] Der Regierungsrat legt den Rahmen fest, innerhalb dessen die Gemeinden untereinander das Schulgeld vereinbaren können. Für die Fälle, in denen sich die Gemeinden nicht einigen können, regelt der Regierungsrat die Höhe der Schulgelder. Diese decken in der Regel die Vollkosten, mindestens jedoch die zusätzlichen Kosten im Einzelfall, die durch den Schulbesuch entstehen. *****

[5] Schulen der Primarschulstufe können durch Beschluss des Grossen Rats aufgehoben werden, wenn die Schülerzahl dauernd weniger als fünfzehn beträgt. *****

4.1.2. Gemeinde

§ 53 Schulbauten, Schuleinrichtungen

[1] Die Gemeinden beschaffen und unterhalten die für die Volksschule erforderlichen Schullokale, Turn- und Spielplätze. *****

[2] Sie beschaffen und unterhalten das Mobiliar, die Schuleinrichtungen und die Lehrmittel.

[3] Vernachlässigt eine Gemeinde diese Pflichten trotz Mahnung, so trifft der Regierungsrat auf ihre Kosten die nötigen Vorkehren.

[4] Die Gemeinden erleichtern den auswärtigen Schulbesuch:

a) durch Schaffung von Radwegen, wo es die Verkehrssicherheit erfordert,
b) durch angemessene Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrs,
c) durch Übernahme notwendiger Transportkosten.

[5] Die Gemeinden stellen die Schulanlagen und -einrichtungen der Erwachsenenbildung zur Verfügung, sofern diese auf gemeinnütziger Grundlage erfolgt.

§ 54 * …

§ 55 * Zuständigkeiten des Stimmbürgers; Kreisschulen

[1] Die Stimmbürger der Gemeinde entscheiden über die Errichtung und Führung von Kreisschulen durch Beitritt zu einem Kreisschulverband oder durch Abschluss von Verträgen.

*4.1.3. Kreisschulen **

§ 56 * Zweck und Organisation

[1] Zur Errichtung und Führung einer Kreisschule können zwei oder mehrere Gemeinden einen Verband bilden oder einen Vertrag abschliessen.

[2] Der Kreisschulverband übernimmt für seine Schulen die Rechte und Pflichten der beteiligten Gemeinden.

[3] Für die Errichtung und die Organisation des Kreisschulverbandes gelten sinngemäss die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesetz) vom 19. Dezember 1978 [1)]. Die Kreisschulpflege tritt an die Stelle des Vorstandes oder sie bildet ein zusätzliches Organ.

§ 56a * …

§ 57 * Oberstufenzentren und Bezirksschulen *

[1] Die Gemeinden einer Region arbeiten zusammen, wenn die organisatorischen Rahmenbedingungen dieses Gesetzes einer Gemeinde die eigenständige Errichtung und Führung eines Oberstufenzentrums und einer Bezirksschule nicht zulassen oder wenn eine Zusammenarbeit im Hinblick auf einen lehrplangerechten und wirtschaftlichen Schulbetrieb als erforderlich erscheint. *

[1)] SAR 171.100

[2] Die Gemeinden und Regionalplanungsverbände planen gemeinsam unter Mithilfe des Kantons die Bildung von Schulkreisen für Oberstufenzentren und Bezirksschulen. *

[3] Kommt es dabei zu keiner Einigung, legt der Regierungsrat die Schulkreise, die Standorte und die Art der Zusammenarbeit, namentlich die Zusammenlegung von Abteilungen, welche die Mindestschülerzahl unterschreiten, fest. *

[4] Die betroffenen Gemeinden regeln die Form der Zusammenarbeit unabhängig von der Anzahl Abteilungen in einer Gemeinde selbständig. Dabei kann ein Verband errichtet oder ein Vertrag abgeschlossen werden. *

[5] Der Regierungsrat kann für eine befristete Übergangszeit Ausnahmen hinsichtlich der Zusammenarbeit bewilligen. *

[6] Wenn sich die betroffenen Gemeinden nicht über die Form der Zusammenarbeit einigen können, kann der Grosse Rat die Bildung eines Verbands und der Regierungsrat den Abschluss eines Vertrags anordnen. Die betroffenen Gemeinden sind vorher anzuhören. *

§ 57a * Angebote für besondere schulische Bedürfnisse

[1] Für die Koordination zwischen den Gemeinden im Bereich von besonderen schulischen Bedürfnissen gemäss § 15, bei der Führung von Spezialklassen gemäss § 15a und von Sonderschulen gilt sinngemäss § 57. *

*4.2. Privatschulen und private Schulung **

§ 58 * Bewilligung; Nachweis des genügenden Unterrichts

[1] Privatschulen, in denen Kinder ihre Schulpflicht erfüllen, bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrats. Die Bewilligung von Sonderschulen richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) vom 2. Mai 2006 [1)]. *

[2] Der Regierungsrat legt zur Sicherung einer den öffentlichen Schulen gleichwertigen Ausbildung die Bewilligungsvoraussetzungen fest. Die jeweilige Trägerschaft einer Privatschule muss vertrauenswürdig sein und Gewähr dafür bieten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht Einflüssen ausgesetzt werden, die denjenigen Zielen der öffentlichen Schulen zuwiderlaufen, die sich aus der Präambel dieses Gesetzes ergeben.

[3] Bei privater Schulung schulpflichtiger Kinder durch die Eltern, Pflegeeltern oder durch eine Drittperson ausserhalb einer Privatschule muss der genügende Unterricht nachgewiesen werden. Die Einzelheiten regelt der Regierungsrat.

[1)] SAR 428.500

§ 58a * Aufsicht

[1] Privatschulen und private Schulung stehen unter staatlicher Aufsicht.

[2] Bestehen begründete Zweifel, ob die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden, kann die Bewilligungsbehörde Anordnungen zur Klärung und Behebung von Missständen treffen. Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr oder nicht mehr vollständig erfüllt, kann die Bewilligungsbehörde die notwendigen Massnahmen treffen und allenfalls die Bewilligung entziehen.

§ 58b * Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen; Vorsorgeuntersuchungen *****

[1] Schulpflichtige Kinder, die ihren Aufenthalt im Kanton Aargau haben und eine Privatschule besuchen oder privat geschult werden, haben zu den gleichen Bedingungen wie die Kinder an den öffentlichen Schulen Zugang zu folgenden Angeboten und Dienstleistungen: *****

a) ***** lehrplanmässiger Instrumentalunterricht (§ 13 Abs. 1),
b) ***** Bibliothek (§ 16a),
c) ***** pädagogisch-therapeutische Massnahmen (§ 29 Abs. 2),
d) ***** Schulpsychologischer Dienst (§ 60a),
e) ***** Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (§ 61 Abs. 2),
f) ***** zahnärztliche Kontrolluntersuchungen (§ 63 Abs. 2).

[2] Sie sind verpflichtet, sich den obligatorischen Vorsorgeuntersuchungen gemäss § 62 Abs. 3 zu unterziehen. *****

§ 58c * Lehrpersonen an Privatschulen; Weiterbildung

[1] Lehrpersonen, die an Privatschulen im Kanton Aargau schulpflichtige Kinder unterrichten, haben die Pflicht, sich in geeigneter Weise weiterzubilden.

[2] Die vom Kanton Aargau angebotenen Weiterbildungskurse stehen den Lehrpersonen an Privatschulen im Kanton Aargau zu denselben Bedingungen zur Verfügung wie den Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen. Davon ausgenommen sind Kurse, die dem Erwerb einer höheren Qualifikation dienen.

5. Schuldienste

§ 59 * …

§ 60 * Kinder- und jugendpsychiatrische Dienstleistungen *****

[1] Der Kanton sorgt für die Bereitstellung von psychiatrischen Dienstleistungen zu Gunsten der öffentlichen und privaten Schulen bis und mit Sekundarstufe I. Dazu gehören insbesondere die Beratung in kinder- und jugendpsychiatrischen Fragen sowie die psychiatrische Mitbeurteilung bei Abklärungen durch den Schulpsychologischen Dienst. *****

[2] Der Regierungsrat kann mit öffentlichen und privaten Anbietenden von kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstleistungen Leistungsverträge abschliessen. *

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zum Dienstleistungsangebot und zu den Modalitäten der Leistungsverträge durch Verordnung. *

§ 60a * Schulpsychologischer Dienst *

[1] Der Schulpsychologische Dienst ist ein kantonaler Dienst mit regionalen Standorten. *

[2] Er ist tätig für Kinder und Jugendliche ab dem Kindergarten bis Ende der Sekundarstufe I. Er kann auch von den Bezugspersonen der Kinder und Jugendlichen, von Schulen und von Behörden beansprucht werden. *

[3] Er hat insbesondere folgende Aufgaben: *

a) * Beurteilung, Beratung und Begleitung bei Lern- und Leistungsbesonderheiten sowie bei psychischen oder psychosozialen Schwierigkeiten, die sich im schulischen Umfeld zeigen oder sich darauf auswirken,
b) * Beurteilung und Ermittlung des Bildungs- und Förderbedarfs bei bestimmten Laufbahnentscheiden,
c) * Beratung und Unterstützung der Schulen, Bezugspersonen und Behörden insbesondere in Konflikt- und Krisensituationen und in Notfällen,
d) * Öffentlichkeitsarbeit zu lern- und entwicklungspsychologischen Fragestellungen.

[4] Die Leistungen des Schulpsychologischen Dienstes sind grundsätzlich unentgeltlich. Der Regierungsrat bestimmt die Ausnahmen durch Verordnung. *

[5] Die Inanspruchnahme des Schulpsychologischen Dienstes ist freiwillig. Vorbehalten sind die im Rahmen des zivilrechtlichen Kindesschutzes oder gestützt auf andere spezialgesetzliche Bestimmungen angeordneten Beratungen und Abklärungen. Der Regierungsrat kann bei bestimmten Laufbahnentscheiden durch Verordnung eine obligatorische Abklärung vorsehen. *

[6] Die Mitarbeitenden sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Schweigepflicht wird durch Einwilligung der dazu berechtigten Person oder mit schriftlicher Ermächtigung durch die zuständige Behörde aufgehoben. Vorbehalten sind gesetzliche Melde- und Mitwirkungsrechte und -pflichten sowie Absatz 7. *

[7] In Fällen von häuslicher Gewalt kann der Schulpsychologische Dienst die Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt informieren und ihr gegenüber auch ohne Einwilligung der berechtigten Person Akten offen legen. *

[8] Der Regierungsrat regelt durch Verordnung die Einzelheiten zu den Zielgruppen, zu den einzelnen Aufgaben beziehungsweise zum Leistungsangebot und legt die regionalen Standorte fest. *

§ 61 * Beratungsangebote für Ausbildung und Beruf *****

[1] Der Kanton sorgt für bedarfsgerechte Beratungsangebote für Ausbildung und Beruf. Dazu gehören *****

a) ***** Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung,
b) ***** schul- und jugendpsychologische Beratung an der Sekundarstufe II,
c) ***** Lehrpersonenberatung.

[2] Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung *****

a) ***** unterstützt und berät Jugendliche in der Regel ab der 2. Klasse der Oberstufe, Erwachsene und beteiligte Bezugspersonen in Fragen der Bildungs-, Berufs- und Studienwahl, Weiterbildung, Neuorientierung, Laufbahngestaltung und Anrechnung von Bildungsleistungen,
b) ***** informiert umfassend über das Bildungsangebot in sämtlichen Bildungsbereichen und sorgt für die Bereitstellung von Informationsmitteln,
c) ***** arbeitet mit den Bildungsinstitutionen aller Stufen, den Betrieben und den Organisationen der Arbeitswelt zusammen,
d) ***** stimmt das Leistungsangebot mit den Massnahmen der Arbeitsmarktbehörden und anderer Institutionen im Bereich der beruflichen Integration ab.

[3] Die schul- und jugendpsychologische Beratung an der Sekundarstufe II beinhaltet insbesondere folgende Aufgaben: *****

a) ***** Beurteilung, Beratung und Begleitung bei Lern- und Leistungsbesonderheiten sowie bei psychischen oder psychosozialen Schwierigkeiten, die sich im schulischen oder beruflichen Umfeld zeigen oder sich darauf auswirken,
b) ***** Beratung und Unterstützung der Schulen, Lehrbetriebe, Bezugspersonen und Behörden insbesondere in Konflikt- und Krisensituationen und in Notfällen,
c) ***** Öffentlichkeitsarbeit zu lern- und entwicklungspsychologischen Fragestellungen.

[4] Die Lehrpersonenberatung unterstützt Lehrpersonen und Schulleitende bei der Prävention und der Bewältigung von Schwierigkeiten, die im Berufsfeld auftreten oder sich darauf auswirken, durch *****

a) fach- und unterrichtsbezogene Beratung,
b) personenbezogene Beratung und Begleitung,
c) Beratung in Konflikt- und Krisensituationen.

[5] Der Regierungsrat regelt durch Verordnung die Einzelheiten zu den Zielgruppen und zu den einzelnen Aufgaben beziehungsweise zum Leistungsangebot. Er kann die Standorte der Beratungsstellen festlegen. Weiter bestimmt er diejenigen Leistungen, die im Sinne eines Grundangebots unentgeltlich sind. Er kann den Bezug von Leistungen des Grundangebots begrenzen und für darüber hinausgehende Bezüge eine Kostenpflicht einführen. Leistungen, die nicht zum Grundangebot gehören, sind zu Vollkosten deckenden Preisen anzubieten. *****

[6] Der Regierungsrat kann die Führung der Beratungsangebote durch Leistungsverträge öffentlichen und privaten Anbietenden übertragen. Die Form und Periodizität der Leistungsverträge, das Kontrollverfahren und die Finanzierungsgrundsätze werden durch Verordnung geregelt. *****

[7] Bezüglich Verschwiegenheit der Mitarbeitenden und Vorgehen in Fällen von häuslicher Gewalt gilt § 60a Abs. 6 und 7. *

§ 61a * Schulsozialarbeit

[1] Die Schulträger können eine oder mehrere Personen für die Schulsozialarbeit einsetzen. *

[2] Der Kanton kann die fachliche Zusammenarbeit zwischen den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie den Schulen unterstützen. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *

§ 62 Schulärztlicher Dienst und Vorsorgeuntersuchungen *

[1] Jede öffentliche und private Schule verfügt über einen schulärztlichen Dienst. Hauptaufgaben der Schulärztin oder des Schularztes sind die Beratung der Schule zu Gesundheitsthemen, zur Prävention und zur Gesundheitsförderung sowie die Durchführung von epidemiologischen Massnahmen. Der Regierungsrat kann zusätzliche Aufgaben durch Verordnung festlegen. *

[2] Für den schulärztlichen Dienst sind die Schulträger kostenpflichtig. Der Regierungsrat regelt die Einsetzung und Entschädigung der Schulärztinnen und -ärzte durch Verordnung. *

[3] Zu Beginn und zum Ende der obligatorischen Schulzeit findet bei allen Kindern und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton eine obligatorische Vorsorgeuntersuchung statt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *

[4] Für die Vorsorgeuntersuchungen, die nicht als kassenpflichtige Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung abgerechnet werden können, sind die Aufenthaltsgemeinden beziehungsweise bei Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen die Wohnsitzgemeinden kostenpflichtig. *

[5] Die Entschädigung für die privatärztlichen Untersuchungen erfolgt nach einem zwischen dem Regierungsrat und der Aargauischen Ärztegesellschaft vertraglich vereinbarten Tarif. *

§ 63 Schulzahnpflege

[1] Die Schulzahnpflege umfasst zahnärztliche Kontrolluntersuchungen und Schulzahnprophylaxe. *

[2] Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton haben während der obligatorischen Schulzeit Anspruch auf eine unentgeltliche Kontrolluntersuchung pro Schuljahr bei einer Zahnärztin oder einem Zahnarzt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *

[3] Für die Kontrolluntersuchungen sind die Aufenthaltsgemeinden beziehungsweise bei Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen die Wohnsitzgemeinden kostenpflichtig. *

[4] Die Entschädigung der Zahnärztinnen und -ärzte erfolgt nach einem zwischen dem Regierungsrat und der Sektion Aargau der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft SSO vereinbarten Tarif. *****

[5] Die Schulzahnprophylaxe wird im Kindergarten und in der Primarschule regelmässig von einer Fachperson für Schulzahnprophylaxe durchgeführt. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. *****

[6] Die Schulträger sind verpflichtet, die Schulzahnprophylaxe durchzuführen. Sie sind für die Anstellung und Entlöhnung der Fachpersonen für Schulzahnprophylaxe zuständig. *****

§ 64 * …

§ 65 * …

6. Schullasten

§ 66 * Personalaufwand

[1] Die Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände am Personalaufwand der Volksschulen bemisst sich nach den von ihnen beanspruchten Stellen und liegt bei höchstens 35 % dieses Aufwands. *****

[2] Der Grosse Rat legt die Zusammensetzung des Personalaufwands, die Berechnung sowie den Prozentsatz der Beteiligung gemäss Absatz 1 fest.

[3] Bei Versetzungen in den vorzeitigen Ruhestand gemäss § 2 Abs. 2 des Dekrets über die Versetzung von Mitarbeitenden in den vorzeitigen Ruhestand zur Umsetzung von Stellenkürzungen vom 23. November 2004 [1)] können die betreffenden Gemeinden an den Kosten beteiligt werden. Der Umfang bemisst sich am Prozentsatz, gemäss Absatz 2.

[4] Der Kanton kann sich am Personalaufwand der Gemeinden oder Gemeindeverbände für weitere durch die Gesetzgebung vorgesehene Funktionen beteiligen. Der Grosse Rat regelt durch Dekret die Einzelheiten.

[5] Der Kanton zahlt die Löhne der Lehrpersonen und Mitglieder der Schulleitungen an den von den Gemeinden und Gemeindeverbänden geführten Volksschulen aus. *****

§ 67 * …

§ 67a * …

[1)] AGS 2004 S. 352; aufgehoben (AGS 2004 S. 354)

§ 67b * Leistungen des Kantons an die Strukturen der ausserschulischen Jugendarbeit

[1] Der Kanton kann Gemeinden und Kirchgemeinden Beiträge gewähren an den Auf- und Ausbau von Strukturen für die im informellen Bildungsbereich angesiedelte ausserschulische Jugendarbeit.

[2] Die Beitragshöhe beträgt bis 40 % der subventionsberechtigten Ausgaben.

[3] Der Regierungsrat regelt insbesondere die subventionsberechtigten Ausgaben, die Förderkriterien und das Verfahren.

§ 68 * Finanzierung der Sonderschulung und der besonderen Förder- und Stützmassnahmen

[1] Die Finanzierung und Kostenverteilung der Sonderschulung und der besonderen Förder- und Stützmassnahmen regelt das Betreuungsgesetz.

§ 68a * …

7. Behörden

7.1. Schulpflege

§ 69 Zusammensetzung

[1] Als Behörde für das Volksschulwesen besteht in jeder Gemeinde eine Schulpflege von mindestens 3 Mitgliedern. *****

[2] Für Schulen von Kreisschulverbänden ist die Kreisschulpflege zuständig. Die Bestimmungen über die Schulpflege gelten sinngemäss für die Kreisschulpflege. *****

[3] Die Schulpflege konstituiert sich selbst.

[4] Bei Kreisschulen, die vertraglich gemeinsam mit anderen Gemeinden geführt werden, kann den Mitgliedern von Schulpflegen dieser Gemeinden Sitz mit beratender Stimme, abgestuftem oder vollem Stimmrecht in den Schulpflegen der Standortgemeinden eingeräumt werden. *****

§ 70 Kommissionen

[1] Für die Betreuung und Beaufsichtigung einzelner Bereiche kann die Schulpflege auf ihre Amtsdauer besondere Kommissionen von wenigstens 3 Mitgliedern wählen. *****

[2] Ein Vertreter der Lehrerschaft nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 71 * Aufgaben

[1] Die Schulpflege ist verantwortlich für die Führung der Volksschule und beaufsichtigt die private Schulung. Sie trifft alle Entscheidungen, die mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können. *

[2] Die Schulleitung führt die Schule operativ und entlastet die Schulpflege. Sie nimmt die interne Qualitätssicherung und -entwicklung wahr und ist der Schulpflege unterstellt.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zur Schulleitung. Er kann für kleine Schulen von der Einsetzung einer Schulleitung absehen und die entsprechenden Kompetenzen bei der Schulpflege belassen.

§ 72 Kirchlicher Religionsunterricht

[1] Zur Erteilung des kirchlichen Religionsunterrichtes sind den öffentlichrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften für zwei Wochenstunden pro Abteilung innerhalb der Unterrichtszeit unentgeltlich geeignete Schulräume zur Verfügung zu stellen.

§ 73 Laufbahnentscheide *

[1] Die Schulpflege trifft alle Laufbahnentscheide, wenn sich die Eltern der Beurteilung der beteiligten Lehrpersonen nicht anschliessen können. *

[2] Die Schulpflege entscheidet über die Zuweisung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder erheblichen sozialen Beeinträchtigungen in Regelklassen oder in die Sonderschulung. *

[2bis] Liegt beim Übertritt von einer staatlich anerkannten Privatschule in die öffentliche Schule eine entsprechende Empfehlung vor, wird die Schülerin oder der Schüler ohne weiteren Entscheid der Schulpflege aufgenommen. *

[3] … *

[4] … *

[5] … *

§ 73a * Weiterbildung

[1] Der Kanton kann für Mitglieder von Schulpflegen Weiterbildungskurse anbieten.

[2] Er verrechnet die Kosten der Gemeinde oder dem Gemeindeverband weiter.

§ 74 Kompetenzgeld

[1] Zur Bestreitung besonderer nicht voraussehbarer Bedürfnisse der Schule ist der Schulpflege alljährlich ein angemessener Budgetkredit einzuräumen. *

§ 75 Beschwerderecht

[1] Gegen Entscheide der Schulpflege kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Schulrat des Bezirks geführt werden.Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit der Bezirksgerichtspräsidentin beziehungsweise des Bezirksgerichtspräsidenten gemäss § 37a Abs. 4 sowie die für dieses Verfahren geltenden Fristen. *

7.2. Schulrat des Bezirks

§ 76 Zusammensetzung und Wahl

[1] In jedem Bezirk wird durch Volkswahl ein Schulrat von 7 Mitgliedern bestellt. *

[2] … *

[3] Der Rat konstituiert sich selbst. *

§ 77 Aufgaben

[1] … *

[2] … *

[3] Der Schulrat des Bezirks entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide der Schulpflegen des Bezirks, wenn es sich nicht um solche des Strafverfahrens gemäss § 37a handelt. *

[4] Er führt nach Bedarf Orientierungs- und Weiterbildungsveranstaltungen für die Schulpflegen des Bezirks durch und kann dazu die Unterstützung des zuständigen Departements anfordern. *

§ 78 * Beschwerderecht

[1] Gegen Entscheide des Schulrats des Bezirks kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Regierungsrat geführt werden; vorbehalten bleibt § 38f Abs. 2 dieses Gesetzes.

7.3. Erziehungsrat

§ 79 Zusammensetzung und Wahl

[1] Der Erziehungsrat besteht aus 11 Mitgliedern; den Vorsitz führt der Vorsteher des Erziehungsdepartementes [1)]; die übrigen Mitglieder werden vom Grossen Rat gewählt, 4 Mitglieder auf Vorschlag der Kantonalkonferenz.

[1)] Heute: Departement Bildung, Kultur und Sport

§ 80 Aufgaben

[1] Der Erziehungsrat ist als vorberatende Behörde des Regierungsrats und beratende Behörde des Departements Bildung, Kultur und Sport in allen Schulfragen von grundsätzlicher Bedeutung anzuhören. *****

[2] Er betreut:

a) die Prüfungen in den öffentlichen Schulen;
b) die Schulorganisation, soweit sie nicht dem Regierungsrat oder dem Departement Bildung, Kultur und Sport überlassen ist, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stufen und Typen;
c) ***** das Lehrmittelwesen.

§ 81 Genehmigung durch den Regierungsrat

[1] Soweit Beschlüsse und Erlasse des Erziehungsrates eine finanzielle Belastung des Kantons oder der Gemeinden zur Folge haben, bedürfen sie der Genehmigung durch den Regierungsrat.

§ 82 * …

§ 83 * …

§ 84 Schulversuche

[1] Der Erziehungsrat kann für örtlich und zeitlich begrenzte Schulversuche die Einrichtung besonderer Schul- und Unterrichtsformen gestatten.

§ 85 * Beschwerderecht

[1] Gegen Entscheide des Erziehungsrats kann innert 30 Tagen von der Zustellung an Beschwerde beim Regierungsrat geführt werden.

*7.4. Departement Bildung, Kultur und Sport **

§ 86 Aufgaben

[1] Das Schul- und Bildungswesen des Kantons untersteht der Leitung des Departements Bildung, Kultur und Sport. Dieses nimmt seine Aufgaben im Rahmen der ihm vom Regierungsrat zugewiesenen Aufgabenbereiche wahr. *****

§ 86a * Berichterstattung

[1] Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat jährlich Bericht über die Anzahl besetzter Stellen des dem Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen (GAL) vom 17. Dezember 2002 [1)] unterstellten Personals per Stichtag 1. November.

§ 87 * …

7.5. Regierungsrat

§ 88 Zuständigkeit

[1] … *****

[2] Der Regierungsrat kann einzelnen Gemeinden Ausnahmen von den Vorschriften über die Schulorganisation bewilligen, sofern es im eindeutigen Interesse der Schüler liegt.

[3] Der Regierungsrat ist ermächtigt, mit anderen Kantonen Verträge über die Aufnahme von Schülern und die Bildung von Kreisschulen in den Grenzgebieten abzuschliessen.

7.6. Grosser Rat

§ 89 Zuständigkeit

[1] … *****

[2] Der Grosse Rat kann Schulversuche anordnen und dafür den Rahmen festlegen. *****

[3] Er ist endgültig zuständig für Ausgabenbeschlüsse über die Errichtung, die Erweiterung und die Aufhebung der Mittelschulen in Aarau, Baden, Stein, Wettingen, Wohlen und Zofingen.

[4] Er beschliesst über die Errichtung von Schulen, die vom Kanton gemeinsam mit anderen Trägern geführt werden. Er kann festlegen, dass von Studierenden dieser Schulen mit Wohnsitz im Kanton ein Kostenbeitrag erhoben wird, wenn der Kanton selbst für vergleichbare Ausbildungen persönliche Studiengelder vorsieht. Der Grosse Rat setzt den Rahmen fest. *****

[1)] SAR 411.200

8. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 90 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Durch dieses Gesetz werden alle ihm widersprechenden Vorschriften aufgehoben, insbesondere das Schulgesetz vom 20. November 1940 [1)] und das Gesetz über den Ausschluss der Jesuitenzöglinge von der Maturitäts- und Staatsprüfung vom 18. Dezember 1845 [2)].

§ 90a * …

§ 90b * …

§ 90c * Einschulung

[1] Der Gemeinderat entscheidet auf Antrag der Schulpflege über eine Staffelung der Verschiebung des Einschulungsstichtags gemäss § 4 Abs. 2. Die Verschiebung muss spätestens bis zum Schuljahresbeginn 2018/19 vollzogen sein.

§ 90d * Organisation der Bezirksschulen

[1] Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 22a bestehenden Bezirksschulen mit weniger als sechs Abteilungen dürfen längstens acht Jahre weitergeführt werden, müssen aber mindestens drei Abteilungen umfassen.

§ 91 Inkrafttreten

[1] Dieses Gesetz ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens; er ist mit dem Vollzug beauftragt.
[2] … *****
[3] … *****
[4] … *****

Aarau, den 17. März 1981

Präsident des Grossen Rates
MÜLLER

Staatsschreiber
SIEBER

[1)] AGS Bd. 3 S. 47; Bd. 7 S. 122; Bd. 8 S. 366; Bd. 10 S. 65
[2)] AGS Bd. 1 S. 87

Angenommen in der Volksabstimmung vom 27. September 1981.
Inkrafttreten: 1. April 1982 [1]; §§ 42 und 43: 1. August 1984 [2]

[1] RRB vom 7. Dezember 1981 (AGS Bd. 10 S. 553).
[2] RRB vom 25. Juni 1984 (AGS Bd. 11 S. 335).

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
17.03.1998	01.08.1998	§ 1a	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 4	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 6	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 6 Abs. 2	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 7 Abs. 3	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 7 Abs. 4	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 7 Abs. 5	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 11 Abs. 1	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.10.2000	§ 15	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175, 2000 S. 111
17.03.1998	01.08.1998	§ 18	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 23 Abs. 1	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 23 Abs. 2	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 27a	eingefügt	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 38	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 38 Abs. 4	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 52 Abs. 3	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 52 Abs. 4	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 52 Abs. 5	geändert	AGS 1998 S. 175
17.03.1998	01.08.1998	§ 54 Abs. 2bis	eingefügt	AGS 1998 S. 175
09.03.1999	01.08.1999	§ 89 Abs. 4	geändert	AGS 1999 S. 119
11.01.2000	01.01.2003	§ 14 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 18a	eingefügt	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 22	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 23 Abs. 3	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 25 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 26 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 27 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 27a Abs. 4	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 55	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	Titel 4.1.3.	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 56	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 57	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 57a	eingefügt	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 65	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 67a	eingefügt	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 69 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 69 Abs. 2	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 69 Abs. 4	geändert	AGS 2002 S. 329
11.01.2000	01.01.2003	§ 70 Abs. 1	geändert	AGS 2002 S. 329
07.03.2000	01.07.2000	§ 76 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2000 S. 89
16.05.2000	01.04.2001	§ 40	aufgehoben	AGS 2000 S. 242
02.07.2002	01.01.2003	§ 16 Abs. 3	eingefügt	AGS 2002 S. 390
02.07.2002	01.01.2003	§ 67a Abs. 4	aufgehoben	AGS 2002 S. 390
17.12.2002	01.01.2005	§ 7 Abs. 1	geändert	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 41	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 42	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 43	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 44	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 45	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 46	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 47 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 47 Abs. 2	geändert	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 49	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	§ 50	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
17.12.2002	01.01.2005	Titel 3.3.	geändert	AGS 2004 S. 156
17.12.2002	01.01.2005	§ 51	Titel geändert	AGS 2004 S. 156
17.12.2002	01.01.2005	§ 71	totalrevidiert	AGS 2004 S. 157
17.12.2002	01.01.2005	§ 73a	eingefügt	AGS 2004 S. 157
17.12.2002	01.01.2005	§ 82	aufgehoben	AGS 2004 S. 157
22.06.2004	01.08.2005	§ 3 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 193
22.06.2004	01.08.2005	§ 3 Abs. 4	eingefügt	AGS 2005 S. 193

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
22.06.2004	01.03.2005	§ 56a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 66
11.01.2005	01.08.2005	§ 86a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 230
22.02.2005	01.01.2006	§ 9 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 60	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 60a	eingefügt	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 61	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
22.02.2005	01.01.2006	§ 66	totalrevidiert	AGS 2005 S. 568
22.02.2005	01.01.2006	§ 67	aufgehoben	AGS 2005 S. 568
01.03.2005	01.08.2005	§ 1 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 4 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 4 Abs. 4	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 5	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 13 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 14 Abs. 3	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 20	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 22 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 36a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 37	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 37a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38 Abs. 2, lit. b)	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38a	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38b	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38c	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38d	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38e	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 38f	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 57 Abs. 4	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 57 Abs. 5	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 57 Abs. 6	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	Titel 4.2.	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58b	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 58c	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 61a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 71 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73	Titel geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73 Abs. 2^{bis}	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 73 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 76 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 76 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 80 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 80 Abs. 2, lit. c)	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 83	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 88 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 90a	eingefügt	AGS 2005 S. 254
01.03.2005	01.08.2005	§ 90b	eingefügt	AGS 2005 S. 254
02.05.2006	01.01.2007	§ 9 Abs. 3^{bis}	eingefügt	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	§ 15 Abs. 2	geändert	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	§ 15 Abs. 5	eingefügt	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	§ 28	totalrevidiert	AGS 2006 S. 131
02.05.2006	01.01.2007	Titel 2.3.	geändert	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 29	totalrevidiert	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 29a	eingefügt	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 58 Abs. 1	geändert	AGS 2006 S. 132
02.05.2006	01.01.2007	§ 68	totalrevidiert	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 68a	eingefügt	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 73 Abs. 1	geändert	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 73 Abs. 3	geändert	AGS 2006 S. 133
02.05.2006	01.01.2007	§ 73 Abs. 4	geändert	AGS 2006 S. 133
03.07.2007	01.01.2008	§ 2 Abs. 1, lit. d)	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
03.07.2007	01.01.2008	Titel 2.5.	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
03.07.2007	01.01.2008	§ 34	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
04.12.2007	01.08.2010	§ 13a	eingefügt	AGS 2010 S. 39

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
04.12.2007	01.01.2009	§ 38b Abs. 2	geändert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 38e Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 38f Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.08.2008	§ 50a	totalrevidiert	AGS 2008 S. 92
04.12.2007	01.08.2008	§ 50b	aufgehoben	AGS 2008 S. 92
04.12.2007	01.01.2009	§ 78	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 85	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
04.12.2007	01.01.2009	§ 87	aufgehoben	AGS 2008 S. 363
18.03.2008	01.01.2009	§ 77 Abs. 3	geändert	AGS 2008 S. 416
31.03.2009	01.01.2010	Ingress	geändert	AGS 2009 S. 303
31.03.2009	01.01.2010	§ 67b	eingefügt	AGS 2009 S. 303
16.03.2010	01.01.2011	§ 36a Abs. 3	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 37 Abs. 3	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 37a Abs. 5	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 50a	Titel geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 51a	eingefügt	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 75 Abs. 1	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
16.03.2010	01.01.2011	§ 77 Abs. 3	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 1 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 2 Abs. 1, lit. a)	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 2 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 4 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 4 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 5	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 5 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 7 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	Titel 2.1.	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 9	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 10 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 10 Abs. 2	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 11 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 12 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 13 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 13 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 13 Abs. 3	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 14 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 14 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 14 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 14a	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 4	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 5	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 15 Abs. 6	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 17	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 17 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	Titel 2.2.1^{bis}.	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 18b	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 18c	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 19 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 20 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 21a	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
08.11.2011	01.08.2014	§ 22 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 22a	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 23 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 25 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 26 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 28 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 29 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 52 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 52 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 53 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 54	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 56a	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 57 Abs. 3	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 58b	Titel geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 58b Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 66 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 66 Abs. 5	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.01.2013	§ 67a	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 71 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 2^{bis}	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 73 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 77 Abs. 1	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 89 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 89 Abs. 2	geändert	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 90a	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 90b	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 90c	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2014	§ 90d	eingefügt	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 91 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 91 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2012/7-4
08.11.2011	01.08.2013	§ 91 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2012/7-4
06.12.2011	01.01.2013	§ 37 Abs. 3	geändert	AGS 2012/6-3
06.12.2011	01.01.2013	§ 38d Abs. 2	geändert	AGS 2012/6-3
08.05.2012	01.01.2014	§ 74 Abs. 1	geändert	AGS 2013/7-1
20.11.2013	01.08.2014	§ 15a	eingefügt	AGS 2014/3-6
02.07.2014	01.08.2015	§ 13b	eingefügt	AGS 2015/2-2
02.07.2014	01.08.2014	§ 57a Abs. 1	geändert	AGS 2014/4-12
05.05.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1^{bis}	eingefügt	AGS 2015/6-2
05.05.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1^{ter}	eingefügt	AGS 2015/6-2
05.05.2015	01.01.2016	§ 15 Abs. 1^{quater}	eingefügt	AGS 2015/6-2
12.01.2016	01.08.2016	§ 7 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2016/4-1
12.01.2016	01.08.2016	§ 12a	eingefügt	AGS 2016/3-17
12.01.2016	01.08.2016	§ 68a	aufgehoben	AGS 2016/4-1
13.09.2016	01.08.2017	§ 3 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2017/5-6
13.09.2016	01.01.2017	§ 7 Abs. 2	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.08.2017	§ 33a	eingefügt	AGS 2017/5-6
13.09.2016	01.01.2017	Titel 3.	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 51	Titel geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 51 Abs. 1	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 51 Abs. 2	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.08.2017	§ 52 Abs. 5	geändert	AGS 2017/5-5
13.09.2016	01.01.2017	§ 57 Abs. 2	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 77 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 77 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 77 Abs. 3	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 77 Abs. 4	eingefügt	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	Titel 7.4.	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 86 Abs. 1	geändert	AGS 2016/7-7
13.09.2016	01.01.2017	§ 88 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2016/7-7
22.11.2016	01.01.2018	§ 15a Abs. 2^{bis}	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 16 Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
22.11.2016	01.01.2018	§ 16 Abs. 2[bis]	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 16a	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b	Titel geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1, lit. a)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1, lit. b)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1, lit. d)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1, lit. e)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 1, lit. f)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 58b Abs. 2	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 59	aufgehoben	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60	Titel geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60 Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60 Abs. 2	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60 Abs. 3	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a	Titel geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 2	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 3	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 3, lit. a)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 3, lit. b)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 3, lit. c)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 3, lit. d)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 4	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 5	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 6	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 7	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 60a Abs. 8	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61	Titel geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 1, lit. a)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 1, lit. b)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 1, lit. c)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 2	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 2, lit. a)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 2, lit. b)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 2, lit. c)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 2, lit. d)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 3	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 3, lit. a)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 3, lit. b)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 3, lit. c)	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 4	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 5	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 6	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61 Abs. 7	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61a Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 61a Abs. 2	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 62	Titel geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 62 Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 62 Abs. 2	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 62 Abs. 3	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 62 Abs. 4	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 62 Abs. 5	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 63 Abs. 1	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 63 Abs. 2	geändert	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 63 Abs. 3	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 63 Abs. 4	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 63 Abs. 5	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.08.2018	§ 63 Abs. 6	eingefügt	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 64	aufgehoben	AGS 2017/8-2
22.11.2016	01.01.2018	§ 65	aufgehoben	AGS 2017/8-2
25.10.2017	01.08.2018	§ 14b	eingefügt	AGS 2018/4-2

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Ingress	31.03.2009	01.01.2010	geändert	AGS 2009 S. 303
§ 1 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 1 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 1a	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 2 Abs. 1, lit. a)	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 2 Abs. 1, lit. b)	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 2 Abs. 1, lit. d)	03.07.2007	01.01.2008	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
§ 3 Abs. 3	22.06.2004	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 193
§ 3 Abs. 4	22.06.2004	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 193
§ 3 Abs. 4	13.09.2016	01.08.2017	aufgehoben	AGS 2017/5-6
§ 4	17.03.1998	01.08.1998	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175
§ 4 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 4 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 4 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 4 Abs. 4	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 5	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 5	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 5 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 6	17.03.1998	01.08.1998	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
§ 6 Abs. 2	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 7 Abs. 1	17.12.2002	01.01.2005	geändert	AGS 2004 S. 155
§ 7 Abs. 2	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 7 Abs. 3	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 7 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 7 Abs. 4	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 7 Abs. 4	12.01.2016	01.08.2016	aufgehoben	AGS 2016/4-1
§ 7 Abs. 5	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
Titel 2.1.	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 9	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 9 Abs. 3^{bis}	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 131
§ 9 Abs. 5	22.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	AGS 2005 S. 567
§ 10 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 10 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 11 Abs. 1	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 11 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 12 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 12a	12.01.2016	01.08.2016	eingefügt	AGS 2016/3-17
§ 13 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 13 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 13 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 13 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 13a	04.12.2007	01.08.2010	eingefügt	AGS 2010 S. 39
§ 13b	02.07.2014	01.08.2015	eingefügt	AGS 2015/2-2
§ 14 Abs. 1	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 14 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 14 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 14 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 14 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 14a	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 14b	25.10.2017	01.08.2018	eingefügt	AGS 2018/4-2
§ 15	17.03.1998	01.10.2000	totalrevidiert	AGS 1998 S. 175, 2000 S. 111
§ 15 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 1^{bis}	05.05.2015	01.01.2016	eingefügt	AGS 2015/6-2
§ 15 Abs. 1^{ter}	05.05.2015	01.01.2016	eingefügt	AGS 2015/6-2
§ 15 Abs. 1^{quater}	05.05.2015	01.01.2016	eingefügt	AGS 2015/6-2
§ 15 Abs. 2	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 131
§ 15 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 15 Abs. 5	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 131
§ 15 Abs. 5	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 15 Abs. 6	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 15a	20.11.2013	01.08.2014	eingefügt	AGS 2014/3-6
§ 15a Abs. 2bis	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 16 Abs. 1	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 16 Abs. 2bis	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 16 Abs. 3	02.07.2002	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 390
§ 16a	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 17	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 17 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 18	17.03.1998	01.08.1998	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
§ 18a	11.01.2000	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 329
Titel 2.2.1^{bis}.	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 18b	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 18c	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 19 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 20	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 20	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 20 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 20 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 20 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 21a	08.11.2011	01.08.2014	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 22	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 22	08.11.2011	01.08.2014	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 22 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 22 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 22a	08.11.2011	01.08.2014	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 23 Abs. 1	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 23 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 23 Abs. 2	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 23 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 25 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 25 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 26 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 26 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 27 Abs. 3	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 27a	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 27a Abs. 4	11.01.2000	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 329
§ 28	02.05.2006	01.01.2007	totalrevidiert	AGS 2006 S. 131
§ 28 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
Titel 2.3.	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 132
§ 29	02.05.2006	01.01.2007	totalrevidiert	AGS 2006 S. 132
§ 29 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 29a	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 132
§ 33a	13.09.2016	01.08.2017	eingefügt	AGS 2017/5-6
Titel 2.5.	03.07.2007	01.01.2008	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
§ 34	03.07.2007	01.01.2008	aufgehoben	AGS 2007 S. 361
Titel 3.	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 36a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 36a Abs. 3	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 37	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 37 Abs. 3	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 37 Abs. 3	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 37a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 37a Abs. 5	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 38	17.03.1998	01.08.1998	Titel geändert	AGS 1998 S. 175
§ 38 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 38 Abs. 2, lit. b)	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 38 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 38 Abs. 4	17.03.1998	01.08.1998	aufgehoben	AGS 1998 S. 175
§ 38a	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 38b	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 38b Abs. 2	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 363
§ 38c	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38d	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38d Abs. 2	06.12.2011	01.01.2013	geändert	AGS 2012/6-3
§ 38e	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38e Abs. 3	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 363
§ 38f	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 38f Abs. 3	04.12.2007	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 363
§ 40	16.05.2000	01.04.2001	aufgehoben	AGS 2000 S. 242
§ 41	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 42	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 43	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 44	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 45	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 46	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 47 Abs. 1	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 47 Abs. 2	17.12.2002	01.01.2005	geändert	AGS 2004 S. 155
§ 49	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
§ 50	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 155
Titel 3.3.	17.12.2002	01.01.2005	geändert	AGS 2004 S. 156
§ 50a	04.12.2007	01.08.2008	totalrevidiert	AGS 2008 S. 92
§ 50a	16.03.2010	01.01.2011	Titel geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 50b	04.12.2007	01.08.2008	aufgehoben	AGS 2008 S. 92
§ 51	17.12.2002	01.01.2005	Titel geändert	AGS 2004 S. 156
§ 51	13.09.2016	01.01.2017	Titel geändert	AGS 2016/7-7
§ 51 Abs. 1	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 51 Abs. 2	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 51a	16.03.2010	01.01.2011	eingefügt	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 52 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 52 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 52 Abs. 3	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 52 Abs. 4	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 52 Abs. 5	17.03.1998	01.08.1998	geändert	AGS 1998 S. 175
§ 52 Abs. 5	13.09.2016	01.08.2017	geändert	AGS 2017/5-5
§ 53 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 54	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 54 Abs. 2^{bis}	17.03.1998	01.08.1998	eingefügt	AGS 1998 S. 175
§ 55	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
Titel 4.1.3.	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 56	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 56a	22.06.2004	01.03.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 66
§ 56a	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 57	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 57	08.11.2011	01.08.2014	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 2	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 57 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2014	geändert	AGS 2012/7-4
§ 57 Abs. 4	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 57 Abs. 5	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 57 Abs. 6	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 57a	11.01.2000	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 329
§ 57a Abs. 1	02.07.2014	01.08.2014	geändert	AGS 2014/4-12
Titel 4.2.	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 58	01.03.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 254
§ 58 Abs. 1	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 132
§ 58a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 58b	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 58b	08.11.2011	01.08.2013	Titel geändert	AGS 2012/7-4
§ 58b	22.11.2016	01.01.2018	Titel geändert	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 58b Abs. 1	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 1, lit. a)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 1, lit. b)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 1, lit. c)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 58b Abs. 1, lit. d)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 1, lit. e)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 1, lit. f)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 58b Abs. 2	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 58c	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 59	22.11.2016	01.01.2018	aufgehoben	AGS 2017/8-2
§ 60	22.02.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
§ 60	22.11.2016	01.01.2018	Titel geändert	AGS 2017/8-2
§ 60 Abs. 1	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 60 Abs. 2	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60 Abs. 3	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a	22.02.2005	01.01.2006	eingefügt	AGS 2005 S. 567
§ 60a	22.11.2016	01.01.2018	Titel geändert	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 1	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 2	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 3	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 3, lit. a)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 3, lit. b)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 3, lit. c)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 3, lit. d)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 4	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 5	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 6	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 7	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 60a Abs. 8	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61	22.02.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 567
§ 61	22.11.2016	01.01.2018	Titel geändert	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 1	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 1, lit. a)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 1, lit. b)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 1, lit. c)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 2	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 2, lit. a)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 2, lit. b)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 2, lit. c)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 2, lit. d)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 3	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 3, lit. a)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 3, lit. b)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 3, lit. c)	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 4	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 5	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 6	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61 Abs. 7	22.11.2016	01.01.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 61a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 61a Abs. 1	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 61a Abs. 2	22.11.2016	01.01.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 62	22.11.2016	01.08.2018	Titel geändert	AGS 2017/8-2
§ 62 Abs. 1	22.11.2016	01.08.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 62 Abs. 2	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 62 Abs. 3	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 62 Abs. 4	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 62 Abs. 5	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 63 Abs. 1	22.11.2016	01.08.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 63 Abs. 2	22.11.2016	01.08.2018	geändert	AGS 2017/8-2
§ 63 Abs. 3	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 63 Abs. 4	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 63 Abs. 5	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 63 Abs. 6	22.11.2016	01.08.2018	eingefügt	AGS 2017/8-2
§ 64	22.11.2016	01.01.2018	aufgehoben	AGS 2017/8-2
§ 65	11.01.2000	01.01.2003	totalrevidiert	AGS 2002 S. 329
§ 65	22.11.2016	01.01.2018	aufgehoben	AGS 2017/8-2
§ 66	22.02.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 568
§ 66 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 66 Abs. 5	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 67	22.02.2005	01.01.2006	aufgehoben	AGS 2005 S. 568
§ 67a	11.01.2000	01.01.2003	eingefügt	AGS 2002 S. 329

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 67a	08.11.2011	01.01.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 67a Abs. 4	02.07.2002	01.01.2003	aufgehoben	AGS 2002 S. 390
§ 67b	31.03.2009	01.01.2010	eingefügt	AGS 2009 S. 303
§ 68	02.05.2006	01.01.2007	totalrevidiert	AGS 2006 S. 133
§ 68a	02.05.2006	01.01.2007	eingefügt	AGS 2006 S. 133
§ 68a	12.01.2016	01.08.2016	aufgehoben	AGS 2016/4-1
§ 69 Abs. 1	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 69 Abs. 2	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 69 Abs. 4	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 70 Abs. 1	11.01.2000	01.01.2003	geändert	AGS 2002 S. 329
§ 71	17.12.2002	01.01.2005	totalrevidiert	AGS 2004 S. 157
§ 71 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 71 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73	01.03.2005	01.08.2005	Titel geändert	AGS 2005 S. 254
§ 73 Abs. 1	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 133
§ 73 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 2	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 73 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 2^{bis}	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 73 Abs. 2^{bis}	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 3	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 133
§ 73 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 4	02.05.2006	01.01.2007	geändert	AGS 2006 S. 133
§ 73 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 73 Abs. 5	01.03.2005	01.08.2005	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
§ 73a	17.12.2002	01.01.2005	eingefügt	AGS 2004 S. 157
§ 74 Abs. 1	08.05.2012	01.01.2014	geändert	AGS 2013/7-1
§ 75 Abs. 1	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 76 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 76 Abs. 2	07.03.2000	01.07.2000	aufgehoben	AGS 2000 S. 89
§ 76 Abs. 3	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 77 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 77 Abs. 1	13.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	AGS 2016/7-7
§ 77 Abs. 2	13.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	AGS 2016/7-7
§ 77 Abs. 3	18.03.2008	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 416
§ 77 Abs. 3	16.03.2010	01.01.2011	geändert	AGS 2010/5-3, AGS 2010/5-4
§ 77 Abs. 3	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 77 Abs. 4	13.09.2016	01.01.2017	eingefügt	AGS 2016/7-7
§ 78	04.12.2007	01.01.2009	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
§ 80 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 80 Abs. 2, lit. c)	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 82	17.12.2002	01.01.2005	aufgehoben	AGS 2004 S. 157
§ 83	01.03.2005	01.08.2005	aufgehoben	AGS 2005 S. 254
§ 85	04.12.2007	01.01.2009	totalrevidiert	AGS 2008 S. 363
Titel 7.4.	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 86 Abs. 1	13.09.2016	01.01.2017	geändert	AGS 2016/7-7
§ 86a	11.01.2005	01.08.2005	totalrevidiert	AGS 2005 S. 230
§ 87	04.12.2007	01.01.2009	aufgehoben	AGS 2008 S. 363
§ 88 Abs. 1	01.03.2005	01.08.2005	geändert	AGS 2005 S. 254
§ 88 Abs. 1	13.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	AGS 2016/7-7
§ 89 Abs. 1	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 89 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	geändert	AGS 2012/7-4
§ 89 Abs. 4	09.03.1999	01.08.1999	geändert	AGS 1999 S. 119
§ 90a	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 90a	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 90b	01.03.2005	01.08.2005	eingefügt	AGS 2005 S. 254
§ 90b	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 90c	08.11.2011	01.08.2013	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 90d	08.11.2011	01.08.2014	eingefügt	AGS 2012/7-4
§ 91 Abs. 2	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 91 Abs. 3	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4
§ 91 Abs. 4	08.11.2011	01.08.2013	aufgehoben	AGS 2012/7-4